

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 291 A

BERLIN • Sonntag, den 8. Januar 1933

2 JAHRGANG

### AUS DEM INHALT:

Weltfrieden und Arbeiter-Bewegung.  
Kriegsgegner und Kriegstreiber.  
Ethische Betrachtungen in militärischer Beleuchtung.  
Erfolg der GEG-Angestellten.  
Vom Margarine-Kriegsschauplatz.  
Winterfest im Arbeiterkinderheim.

### Der polnische Korridor.

H. M. Veranlaßt durch die kurze Rede Schleichers am Neujahrstage, in der er auch über die deutsche Außenpolitik sprach, ging die französische Presse in diesen Tagen auf die Frage ein, was für Aussichten am Beginn des neuen Jahres für eine befriedigende Lösung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems bestünden. Selbstverständlich ist der besonders in den vergangenen Wochen in Deutschland wieder hochgepeitschte Groll gegen den polnischen Korridor in Frankreich nicht übersehen worden. Wenn das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß es von dieser Hetze nichts gemerkt habe, so kann man nur sagen, daß die deutschen Zeitungen in Paris aufmerksamer gelesen werden als in der Redaktion des „B. T.“. Allerdings ist es falsch, wenn der „Temps“ schreibt die gesamte Presse, von der Rechten bis zur Linken, beteilige sich an diesem Feldzug. Vorläufig ist die Linkspresse in dieser Hinsicht noch zurückhaltend.

„Temps“ sieht die deutsche Außenpolitik als eine gerade Linie an, die bei Stresemann mit der Ersetzung des Dawes- durch den Young-Plan und der vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes begann, dann von Brüning und Papen weitergeführt wurde, die die Besetzung der Reparationen durchsetzten und auf die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage hinarbeiteten. Schleicher habe die Anerkennung der Gleichberechtigung einstecken können und er setze sich nun folgerichtig als nächstes Ziel der Außenpolitik eine wenigstens teilweise Aufrüstung und die Bereinigung der deutschen Ostgrenzen. Selbstverständlich werde er in Genf nicht so plump vorgehen, daß er unvermittelt die deutschen Forderungen dort anmelde. Vielmehr hoffe er, daß die Frage von selber aufkommen werde, wenn über den französischen Plan verhandelt werde und über das Ost-Locarno, das schon Stresemann abgelehnt habe.

Die Hauptfehler der deutschen Außenpolitik sieht der „Temps“ darin, daß sie „die Sicherheit nicht unter dem allgemeinen Gesichtspunkt sieht, wie Frankreich es tut, indem es von allen Nationen gleiche Garantien fordere, sondern unter dem ausschließlich deutschen Gesichtspunkt“. „Die Deutschen wollen den ausschlaggebenden Teil des konstruktiven Planes Frankreichs — das Prinzip der kontinentalen Organisation der Sicherheit — abbiegen im Interesse ihrer Forderungen betreffend den Osten. ... Für die Deutschen ... ist das Problem der Revision der territorialen Klauseln des Versailler Vertrages schon gestellt.“

„Ere Nouvelle“, das Blatt Herriots, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der bevorstehenden deutschen Forderung betreffend die Revision der Ostgrenzen. Es sagt unter anderem, auf die Revision der Ostgrenzen würde dann die nächste Forderung Deutschlands folgen: die Forderung nach Rückgabe der Kolonien. Aber in diesem Falle würde wohl auch England beginnen, sich zu rühren. „Wie dem auch sei, die verzweifelten Forderungen Deutschlands sind nicht geeignet, eine europäische Verständigung herbeizuführen ...“

Gerade weil wir, angesichts der ungeheuren Kriegsgefahr und angesichts des im Fernen Osten schon wütenden Krieges, eine Verständigung der europäischen Staaten wünschen, eine Verständigung, die wenigstens so weit reicht, daß der Krieg als Mittel der Politik ernsthaft geächtet wird, und weil wir davon überzeugt sind, daß die heutige deutsche Außenpolitik nicht geeignet ist, diese Verständigung herbeizuführen, dürfen wir an den Mängeln der französischen Argumentation nicht vorbeigehen.

In bezug auf die Rüstungsfrage vertreten wir, dem Prinzip nach, die gleiche Forderung wie die französische Regierung: die Abschaffung aller nationalen Streitkräfte und die Einsetzung einer Armee, die die Staaten vor der Vergewaltigung ihrer Interessen schützt. Daß die deutsche Gleichberechtigungsforderung darauf berechnet ist, den angeblichen deutschen Interessen zu genügen und dem berechtigten Interesse aller Staaten und Menschen am Frieden geradezu ins Gesicht schlägt, brauchen wir an dieser Stelle nicht noch einmal nachzuweisen. Die französische Ansicht, daß die deutsche „Gleichberechtigung“ gerade im Interesse des Friedens nicht gewährt werden sollte, ist jedenfalls richtig.

## Die „angedooft“ nationale Einheitsfront.

R. H. Hitler und Papen Arm in Arm, wer hätte das für möglich gehalten nach all den Angriffen, die von Seiten der Nazis gegen Papen erfolgt sind. Aber bei den Nazis ist eben kein Ding unmöglich. Vor wenigen Monaten noch schrieb der „Angriff“ über die „kleine volksfremde reaktionäre Adelsclique“ und die „größenwahnsinnigen Reaktionäre“, die „geschniegelt und gebügelt, als vornehme Kavaliere, etwas breitstelig und angedooft, in die gute deutsche Stube“ treten. Aber Herr von Papen ist großzügig und nicht nachtragend: „Herr Hitler hat immer betont, daß sein Kampf niemals meiner Person galt ...“, äußerte er einem Pressevertreter gegenüber. Vielleicht wollte Herr von Papen damit nur die Richtigkeit des über ihn im „Angriff“ gefällten Urteils bestätigen. Kurzum nunmehr geben die beiden deutschen Heroen gemeinsam folgende Mitteilung an die Presse:

„Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat, und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinet im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.“

Damit werden alle Meldungen des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“, die gerade entgegen gesetzt lauteten, dementiert. Der „Völkische Beobachter“ schrieb im November noch, daß Papen „als Partner für ernsthafte politische Verhandlungen nicht in Frage kommt“. Eine Behauptung, der die vollendete Tatsache von Verhandlungen zwischen Hitler und Papen strikt widerspricht. Ebenso wird durch die gemeinsame Verlautbarung Papen-Hitlers die Behauptung des „Völkischen Beobachters“ Lügen gestraft, Papen habe „Wert darauf gelegt, einiges Licht in die Methoden zu bringen, mit denen man heute Reichskanzler werden könne“.

Wie steht es mit der Frage des Korridors? Sollte die in Deutschland geforderte Revision des Versailler Vertrages in bezug auf die Regelung der Ostgrenzen auch im Interesse des Friedens verweigert werden? Weder „Temps“ noch „Ere Nouvelle“ untersuchen diese Frage auch nur. Und doch liegt in der Existenz dieses Korridors eine ständige Quelle von Streitigkeiten, von Gehässigkeiten, der Kriegsgefahr also, eine Quelle, die umso schwerer zum Versiegen zu bringen ist, als jeder Einzelne, der nach Ostpreußen fährt, sich ständig der durch den Korridor hervorgerufenen Schwierigkeiten bewußt wird. Dagegen merkt (abgesehen von den Rüstungsindustriellen) kein Mensch am eigenen Leibe, daß es in Deutschland nicht genügend Mordwerkzeuge gäbe.

Ueber diese Fragen Betrachtungen anzustellen, zu untersuchen, was für berechnete Interessen auf polnischer Seite geltend gemacht werden könnten und was für berechnete Interessen ihnen auf deutscher Seite gegenüberstehen, sollte gerade denen nicht überflüssig erscheinen, die sich rühmen, einen Plan zur Organisation der allgemeinen Sicherheit in Europa ausgearbeitet zu haben. Denn was nützt der beste Plan, wenn zwischen zwei Mächten bestehende Reibungsflächen zugedeckt anstatt durch Verhandlungen beseitigt werden.

Worum es uns hier zu tun ist, ist nicht die bedingungslose Rückgabe des polnischen Korridors an Deutschland. Uns geht es darum, eine für beide Seiten annehmbare Lösung der Frage anzustreben. Diese Lösung wäre überhaupt kein Problem, wenn die Zollmauern und Paßsysteme den zwischenstaatlichen Verkehr nicht so ungeheuer erschwerten. Dann brauchte es nämlich für die Deutschen keine Schwierigkeit zu bedeuten, auf dem Wege nach Ostpreußen polnisches Gebiet zu durchkreuzen. Auch wäre nicht einzusehen, warum Polen unbedingt einen eigenen Zugang zum Meer haben sollte. Die Schweiz, die Tschechoslowakei, Ungarn und Oesterreich haben ja auch keinen Zugang zum Meer. Wenn Polen aber unbedingt einen

Den Vogel schießt aber entschieden Graf Reventlow ab, der in seiner am Freitagabend erscheinenden Wochenzeitung „Der Reichswart“, zwei Tage nach der Verhandlung in Köln und nachdem die „Nationalsozialistische Pressekorrespondenz“ schon alles hatte zugeben müssen, noch naiv schreibt:

„Heute dürfte es wohl wenige geben, die nicht gerade im damaligen Kabinet Papen und seinen Kreis die von Natur gehässigsten Feinde des Nationalsozialismus erblicken und wissen, daß dieser Haß sachlich unversöhnlich und unabänderlich begründet ist. ... Mit diesen bewußt rückständigen Vertretern eines volksfeindlichen Staates könnte die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nur unter der Voraussetzung zusammengehen, daß sie sich selbst untreu würde, vielmehr bereits untreu geworden sei; denn jene andere Seite wird ihrem Dünkel, ihrem Macht- und Geldegoismus nie und unter keinen Umständen untreu. ... Handelte es sich auch um nichts als um dieses, so würde es eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler sein, diesen Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutrauen.“

Anscheinend hat hier die Organisation nicht so gut funktioniert, wie seiner Zeit bei der Straßer-Nummer des „Illustrierten Beobachters“, die noch rechtzeitig nach Straßers Abfall in einer Auflage von 80 000 Exemplaren eingestampft wurde.

Um das Bild vollständig zu machen, sei noch erwähnt, daß der „Freund der NSDAP“, der Bankier Schroeder Vertrauensmann des Herrn von Gleichen, des Vorstandsmitglieds des Berliner Herrenklubs, für die Herrengesellschaften in Rheinland und Westfalen ist. Baron Schroeder ist Inhaber der drei „urarischen“ Bankhäuser Stein, Levy und Oppenheim in Köln, außerdem ist er einer der Geldgeber der NSDAP. Der Abgeordnete Ley schuldet dem „Bank- und Börsenfürsten“ Schroeder — wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt — noch 140 000 Mark.

Weg zum Meer braucht, so könnte die Frage, wie dieser beschaffen sein soll, jedenfalls besser gelöst werden, als das in Versailles geschehen ist. Darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel — außer vielleicht in Polen selber. Z. B. ließe sich denken, daß der Korridor unter eine internationale Verwaltung gestellt würde und Deutsche und Polen dort gleiche Rechte hätten. Eine andere Möglichkeit wäre die, den Korridor nach Osten, durch das Memelgebiet, zu verlegen.

Das alles sind noch keine praktischen Vorschläge; dazu können die aufgezeigten Möglichkeiten erst nach eingehender Untersuchung der Tatsachen werden. Diese Untersuchung vorzunehmen, ist aber notwendig im Interesse des Friedens, der von der deutsch-polnischen Grenze her dauernd gefährdet ist. Daß ein derartiger Versuch zur deutsch-polnischen Verständigung nicht unternommen wird, ist natürlich kein Zufall. Auf beiden Seiten der Weichsel herrschen Nationalisten, auf beiden Seiten wird die volle Wahrnehmung der Interessen der herrschenden Klasse des eigenen Landes gefordert und mit allen Mitteln nationalistischer Propaganda betrieben. Die französischen Kreise, die hinter dem „Temps“ stehen, sind natürlich um die Sicherheit ihrer finanziellen und sonstigen Interessen in Polen besorgt und vermeiden schon aus diesem Grunde, von einer Überprüfung der Versailler Bestimmungen in Hinsicht auf die deutschen Ostgrenzen zu reden, da Polen dadurch verärgert werden könnte.

Gerade weil es sich bei der Grenzziehung im deutschen Osten, wie sie durch den Vertrag von Versailles vollzogen worden ist, um eine Sache handelt, deren Gerechtigkeit und Nützlichkeit mit besonders guten Gründen angezweifelt werden kann, halten wir es für wichtig, daß sich die Arbeiterschaft unvoreingenommen auch an die Erörterung dieser Frage heranmacht, um damit der berufsmäßigen Hetzpresse der Nationalisten aller Länder von vornherein einen billigen Grund zur Hetze zu nehmen.

# Kriegsgegner und Kriegstreiber in Südamerika.

Der kolumbische Feldzug gegen Peru, der der Wiedereroberung der von den Peruanern besetzten kolumbischen Stadt Leticia gilt, ist auf einen sehr erfreulichen Widerstand gestoßen. Wie berichtet, sind kolumbische Kriegsschiffe zum Angriff auf Leticia unterwegs auf dem Amazonasstrom. Der Angriff war für den 16. Januar geplant. Er muß voraussichtlich hinausgeschoben werden müssen, da

die Schiffsheizer des Kanonenbootes „Cordoba“ streiken. Das Boot liegt auf dem Amazonasstrom still.

Die Offiziere suchen andere Heizer, die sie hoffentlich im brasilianischen Urwald nicht so schnell finden werden.

Die kolumbische Regierung bemüht sich mit allen Kräften darum, den geplanten Feldzug voranzutreiben. So hat sie jetzt

## Kirche, Rüstungsindustrie und Völkermord.

In Chippis bei Siders (Schweiz) ist ein Werk der Aluminiumfabrik Neuhausen, in der unter anderem Kriegsmaterial fabriziert wird. Die Aluminiumfabrik ist der größte Steuerzahler der Gemeinde. Als nun ein neuer Pfarrer gewählt werden sollte, meldete sich auch der Pfarrer Waldvogel von Eplatures, der Vorstandsmitglied der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer der Schweiz ist. Daraufhin wurde ihm von der Firma (!) ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach er sich verpflichten sollte, wenn er in der Gemeinde mit der Rüstungsfabrik angestellt werden wolle, nicht über Krieg und Kriegsrüstung zu predigen! Der Pfarrer lehnte ab und wurde — doch gewählt. —

In Neuhausen, dem Hauptsitz derselben Rüstungsfirma, erklärte einmal der Chef der Wahlkommission einem sich bewerbenden Pfarrer:

„Man ist in Neuhausen mehr erfreut über eine große Waffenbestellung als über eine Abrüstungskonferenz. Das hat ein Pfarrer von Neuhausen besonders zu berücksichtigen.“

Deutlicher kann nicht ausgedrückt werden, wer der Auftraggeber der Kirche ist und welche Interessen sich verbergen hinter den frommen Worten, die die Menschen einschläfern und duldsam gegen das Unrecht der Kriege und des Völkermords machen sollen.

## „Einig, wie im Weltkrieg.“ Prinzliche Krisenbekämpfung.

Der Prinz von Wales hielt im englischen Rundfunk eine Rede über die englische Arbeitslosigkeit. Nach der Feststellung, daß die Arbeitslosigkeit ein nationaler Notstand sei, ging der künftige Monarch des Britischen Weltreichs zu der Frage der Krisenbekämpfung über und kam zu dem bemerkenswerten Ergebnis: Die Leute, die verschiedener Meinung über die Krisenbekämpfung seien, sollten ihren Blick auf eine andere große nationale Krise zurückwenden, nämlich auf den Weltkrieg, in dem alle Hand in Hand gearbeitet hätten.

Es wäre also für solche Menschen wohl das Sicherste, diese Einigkeit durch einen neuen Krieg herzustellen, da alle anderen Versuche, sie zustandezubringen, offensichtlich gescheitert sind!

## „Der Persische Oelkonflikt geht den Völkerbund nichts an.“

Eine bemerkenswerte Erklärung des persischen Justizministers.

Der persische Justizminister, der als Führer einer Abordnung zu den Völkerbundsverhandlungen über den Oelkonflikt nach Genf fährt, erklärte vor seiner Abreise aus Teheran, daß die Kündigung der D'Arcy-Konzession den Völkerbund überhaupt nichts angehe, sondern eine rein inner-

ihren Gesandten aus Madrid abberufen, weil die spanische Regierung sich geweigert hat, ihr das Kanonenboot „Pato“ zu verkaufen.

Der Handel war angeblich bereits verabredet; die spanische Regierung hat aber im letzten Moment auf Grund eines Einspruchs der peruanischen Regierung ihre Zustimmung zu dem Verkauf des Schiffes zurückgezogen.

Die kolumbianischen Flußkanonenboote wurden auf Befehl der brasilianischen Regierung bei Manaus angehalten. Sie hatten also etwa die Hälfte ihrer Amazonenreise zurückgelegt. Mit einem diplomatischen Schritt wird gerechnet.

persische Angelegenheit sei. Ausländische Stellen, einschließlich des Völkerbundes, hätten kein Recht, sich damit zu befassen, und daher werde die Verhandlung über diese Frage in Genf nicht mehr als einen Sitzungstag in Anspruch nehmen. Für die Neuregelung der Oelkonzession komme nur Teheran als Verhandlungsort in Frage, und der Völkerbund werde dorthin wohl keinen Vertreter entsenden

## Antirussischer Feldzug in Persien.

In einigen Teilen Persiens, vor allem der Provinz Gilan, wird ein scharfer Pressefeldzug gegen Rußland geführt und zum Boykott russischer Waren aufgefordert. Persische Kaufleute beklagen sich über die Preispolitik der russischen Handelsniederlassungen. Die sowjetrussische Botschaft in Teheran hat bei der persischen Regierung gegen den Boykott russischer Waren protestiert und die Einstellung der sowjetfeindlichen Pressekampagne verlangt.

## Der Kampf um das Wrack der „Atlantique“.

Wer war der Erste?

Es gibt eine internationale Vereinbarung, derzufolge Schiffe, die von der Besatzung verlassen, auf dem Meere treiben, Eigentum desjenigen sind, der sie als Erster ins Schlepptau nimmt. Das ausgebrannte Wrack des französischen Ozeanriesen „Atlantique“ wurde zum Objekt eines fieberhaften Wettlaufes zwischen französischen, englischen, holländischen und deutschen Schleppern; denn obwohl das Schiff vollkommen zerstört ist, können die in ihnen hermetisch verschlossenen Räumen wahrscheinlich unbeschädigt geliebene Maschinen und die verschrotteten Teile noch einige Millionen Mark einbringen.

Welches Schiff war als erstes an der Unglücksstelle, wer kann also diese Millionen einstreichen?

Eben wurden zwischen deutschen und französischen Schiffahrtsgesellschaften noch Beileids- und Danktelegramme ausgetauscht, jetzt befinden sie sich wieder in schärfstem Kampf miteinander. Aus Frankreich wird gemeldet: Der Kapitän des französischen Kreuzers „Pollux“ konnte feststellen, daß der französische Schlepper zehn Minuten vor dem holländischen Konkurrenten bei den Überresten der „Atlantique“ gewesen sei. Daß dies ein unparteiischer Schiedsspruch ist, wird schon deshalb angezweifelt, weil er sehr mit den Interessen des Schiedsrichters übereinstimmt. Von holländischer Seite wird behauptet, der französische Schlepper sei später gekommen, außerdem seien drei holländische Matrosen an Bord des Wracks. Eine andere Seite behauptet, französische Kreuzer hätten versucht, die von nicht-französischen Schiffen befestigten Tauen zu lösen, ein französischer Seemann erlitt schwere Verletzungen, als er versuchte, die französische Flagge auf der „Atlantique“ zu hissen. Der Kampf geht weiter.

bruch des Weltkrieges an Soldaten gab, trotzdem die Heeresmacht der im Weltkriege besiegten Staaten infolge der ihnen auferlegten Abrüstung auf eine relativ kleine Polizeitruppe beschränkt wurde. Außerdem stellte Herr Hoover fest, daß die heutigen Waffen und ihre Durchschlagskraft 5 mal so stark, 5 mal so groß, 5 mal so mörderisch sind als die, welche im Weltkriege, der ja bekanntlich der letzte aller Kriege sein sollte, gebraucht wurden. Das ist das Resultat trotz Friedensverträgen, trotz Kellogg-Pakt, trotz Genf, trotz Washington, trotz Locarno, trotz Haag, trotz London, und was es sonst noch für allerhand Friedenskonferenzen während der letzten 11 Jahre gegeben hat. Es ist heute eine Tatsache, daß die Kriegsgefahr größer ist, als sie jemals seit dem Jahre 1918 gewesen ist. Sie hat eine permanente Form angenommen. Niemand kann es mehr bezweifeln, daß ein neuer Krieg bevorsteht, und die einzige Frage ist nur, wann und wo und wodurch die Geschichte losgehen wird. Nur wenn alle wirklichen Kriegsgegner, gleich in welchem politischen Lager sie auch sonst stehen mögen, sich der Gefahr bewußt sind, eng zusammenarbeiten und vor allem bereit sind, den Preis zu zahlen für die Abwendung der Gefahr, besteht die Möglichkeit, zu verhindern, daß ein noch größeres Elend, ein noch größerer Schrecken und Jammer über die Menschheit hereinbrechen wird, als es im Jahre 1914 und den darauffolgenden Jahren der Fall gewesen ist.

## Die Erste Internationale zerbrach.

Verehrte Anwesende! Wie stellt sich heute die Arbeiterschaft zur Frage der Verhinderung eines kommenden Krieges? Die Arbeiterschaft, d. h. die organisierte Arbeiterschaft, hat bereits in ihren Kinderjahren begriffen, daß die Verhinderung eines Krieges nicht nur aus Menschlichkeitserwägungen, sondern auch aus direkten, die Arbeiterklasse interessierenden Gründen heraus mit zu ihren allerersten Aufgaben gehört. Es war die Internationale Arbeiter-Assoziation, die sogenannte Erste Internationale, die bereits auf ihrem dritten Kongresse, im Jahre 1868 in Brüssel abgehalten, eine Resolution annahm, in der am Schlusse wörtlich folgendes erklärt wurde:

„Der Kongreß empfiehlt insbesondere den Arbeitern, für den Fall eines Kriegsausbruches in ihren respektiven Ländern die Arbeit einzustellen. Der Kongreß baut auf den die Ar-

# Der Einbruch in China.

Das japanische Oberkommando hat erklärt, daß die militärischen Operationen in der Provinz Jehol fortgeführt würden, ohne die Entwicklung in Schanghai abzuwarten. Den in Jehol wohnenden Japanern ist geraten worden, die Provinz zu verlassen. Die Japaner hängen ihrer Entschlossenheit zur vollständigen Eroberung der Provinz Jehol den Schein einer Begründung an, indem sie immer wieder darauf hinweisen, daß der chinesische Marschall Tschang Hsue-Liang trotz wiederholter Warnungen neue Truppen zusammenziehe.

Das wahre Motiv für das Vorwärtsdrängen der Japaner in Jehol

wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Provinz eingeklemmt liegt zwischen Mandschukuo im Norden und der Tschili-Provinz mit Peking im Süden. Die Besetzung Jehols ist also eine strategische Unterstützung für ein Vorwärtsdrängen gegen Peking.

Wird Japan gegen Peking marschieren? Darüber gibt eine japanische Kabinettsitzung vom Freitag Aufschluß. Das Kabinett nahm den Vorschlag des Außenministers an, wonach die Verhandlungen zur Beilegung des Falles Schanghai nicht vom japanischen Außenministerium unmittelbar, sondern von den örtlichen japanischen Vertretungen in Tientsin oder Peking geführt werden sollen.

Sollte die chinesische Regierung den örtlichen Charakter des Falles Schanghai nicht anerkennen, so wird die japanische Regierung den chinesischen Behörden keine neuen Vorschläge unterbreiten, sondern den japanischen Militärbehörden Handlungsfreiheit geben.

Bei Schanghai ist von neuem gekämpft worden.

Tschang Hsue-Liang hat das vom japanischen Kommandeur in Tientsin an ihn gestellte Ansinnen, sich wegen des „Zwischenfalls“ von Schanghai bei den Japanern zu entschuldigen, abgelehnt. Die Schuld liege bei den Japanern. Wegen dieser Behauptung hat der japanische Kommandeur es seinerseits abgelehnt, Tschang Hsue-Liangs Antwort auf das Ultimatum anzunehmen.

## Zum Einbruch in das russische Gebiet.

Das japanische Außenministerium hat den japanischen Botschafter in Moskau angewiesen, die Sowjetregierung über die Besetzung der Grenzstation Pogranitschnaja durch die japanischen Truppen zu unterrichten und zu erklären, daß die Besetzung nicht als gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet anzusehen sei. Die Besetzung dieser Station sei aus rein militärischen und strategischen Gesichtspunkten erfolgt, um die chinesische Ostbahn vor den chinesischen Banden zu schützen.

Die Japaner wollen also offenbar die ostchinesische Bahn, die für den Zugang von Japan zur Mandschurei den direktesten Verkehrsweg bietet, beherrschen. Dieses Interesse ist bei Japans Absichten auf die Mandschurei verständlich. Pogranitschnaja liegt nördlich von Wladiwostok, dort, wo die ostchinesische Bahn auf russisches Gebiet tritt.

Auch wir nehmen an, daß der japanische Eroberungszug nicht unmittelbar gegen Rußland „gerichtet“ ist, daß er zunächst auf die vollständige Beherrschung der Mandschurei und Nordchinas abzielt. Dazu gehört aber die Beherrschung der ostchinesischen Bahn, und zwar einschließlich ihres Endpunktes, des russischen Hafens Wladiwostok. Wenn man die Besetzung von Pogranitschnaja nicht als bloße sinnlose Reizung der Russen betrachten will, so

kann man diesen Schritt auffassen als den Anfang vom militärischen Vorstoß gegen Wladiwostok.

Die Lage im Fernen Osten bleibt also auch gegenüber Sowjet-Rußland ernst.

Moskau verhält sich besonnen und lehnt eine Stellungnahme zur Besetzung Pogranitschnajas einstweilen ab. Ein amtlicher Bericht über den Vorfall liege in Moskau noch nicht vor.

An den Völkerbund hat sowohl die chinesische wie die japanische Regierung eine kurze Darstellung der Vorgänge um Schanghai geschickt.

# Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Die folgende Rede hat Fimmen im Oktober 1930 auf einem Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft gehalten. Deren Verlag hat die Rede als Broschüre herausgegeben (Preis 20 Pfennige). Die Überschriften im Text sind von uns eingefügt worden. Die Redaktion.

I.

Verehrte Anwesende!

Ich habe es übernommen, heute nachmittag hier zu referieren über die Frage „Der Weltfriede und die Arbeiterbewegung“. Ich glaube es erübrigt sich, daß ich besonders eingehe auf die Frage, ob der Weltfriede tatsächlich gefährdet ist. Ich möchte annehmen, daß heute keiner die Tatsache verkennt, daß alle die schönen Versprechungen, welche der Menschheit während des Krieges und ganz besonders beim Abschluß der verschiedenen Friedensverträge gemacht wurden, schließlich eitel Lug und Trug gewesen sind: das Versprechen, daß man ernsthaft ans Abrüsten gehen würde, das Versprechen, daß die Menschheit, wenn auch nicht sofort das tausendjährige Reich bekäme, so doch einer Periode entgegengehe, die man als einen Uebergang zu diesem tausendjährigen Reiche betrachten könne, und daß jedenfalls die Arbeiterschaft in der ganzen Welt nach dem Kriege sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine ganz andere Stellung einnehmen werde, als dies bisher der Fall war. Auch der größte Optimist muß heute zugeben, daß all diese Versprechen eitel waren, und daß ganz besonders in bezug auf die versprochene Abrüstung, auf die Sicherung des Weltfriedens, die Menschheit schamlos betrogen worden ist.

Herr Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, hat im Dezember v. J. in seiner Botschaft an das amerikanische Parlament festgestellt, daß augenblicklich 30 Millionen Männer militärisch geschult bereit stehen, in einen neuen Krieg zu ziehen, wenn es ihnen befohlen wird; 30 Millionen, das sind 10 Millionen mehr als es vor dem Aus-

beiter belebenden Geist der Solidarität und hofft, daß ihre Unterstützung dieses Krieges der Völker gegen den Krieg nicht ausbleibt.“

Dies war ein klares Bekenntnis, aber als 2 Jahre später der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, zeigte es sich leider, daß die Internationale und die ihr angeschlossenen Organisationen nicht in der Lage, d. h. zu schwach waren, den Krieg zu verhindern. Die Internationale Arbeiter-Assoziation selber brach wenige Jahre später mit an den Folgen dieses Versagens zusammen.

## Die Zweite Internationale kapitulierte.

Ihre Nachfolgerin, die Zweite Internationale, welche in den 80er Jahren neu gegründet wurde, ging anfänglich in ihren Beschlüssen nicht so weit. Zwar wurde auf ihren Kongressen gegen Militarismus und Kriegsgefahr Stellung genommen, aber die Frage der direkten Bekämpfung des Krieges wurde erst, zum ersten Mal auf dem internationalen Kongresse angeschnitten, der 1907 in Stuttgart stattfand. Auf diesem Kongresse machte sich die Zweite Internationale die Stellungnahme der Internationalen Arbeiter-Assoziation in der Kriegsfrage zu eigen. Auch der Sozialistenkongreß in Stuttgart erkannte es als seine Aufgabe, unter der Arbeiterschaft mit allen Mitteln einem neuen Kriege entgegenzuarbeiten, die Massen aufzurütteln und, falls der Krieg doch hereinbrechen sollte, alles zu tun, um sein schnelles Ende herbeizuführen. Als dann im Jahre 1912 der kommende Weltkrieg seinen Schatten bereits vorauswarf und die Kriege auf dem Balkan die an ihnen interessierten europäischen Großmächte in scharfen Konflikt zueinander brachten, kamen im Basler Dom die Vertreter der Organisationen, die der Zweiten Internationale angeschlossenen waren, sowie Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften zusammen und wiederholten nochmals den bereits in Stuttgart abgelegten Schwur. Ich entsinne mich noch gut, wie damals in weiten Kreisen auch außerhalb der Arbeiterschaft, in Kreisen des Bürgertums, ein starkes Vertrauen in die Kraft und den Willen zur Tat, den sie bei der internationalen Arbeiterbewegung unterstellten, vorhanden war. Auch in ihren Augen war die internationale Arbeiterbewegung der weitaus wichtigste Faktor, wenn nicht der entscheidende in der Frage der Kriegsbekämpfung.

(Fortsetzung folgt.)

## Marktplanwirtschaft.

Oe. Freitagabend hielt Professor Löwe aus Frankfurt a. M. in der vollbesetzten Aula der Handelshochschule in Berlin einen Vortrag über das Thema: „Ist Sozialismus heute möglich?“ Der Abend war veranstaltet von dem Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“.

Im allgemeinen ist es wenig fruchtbar, mitanzuhören, wenn Sozialisten unter einander über die verschiedenen Abweichungen ihrer Anschauungen sprechen. Bei der Rede von Löwe war jedoch einiges für uns Interessante. Er tritt nicht für die vollständige Aufhebung des freien Marktes ein, sondern fordert eine sozialistische Marktplanwirtschaft. Das Großeigentum in Stadt und Land soll Gemeineigentum werden, daneben soll jedoch der freie Markt weiterbestehen, da er dann keine Gefahren mehr in sich birgt. Zum Großeigentum gehören für den Redner die Montanindustrie, die Kraft- und Verkehrswirtschaft, chemische Industrie, der Maschinenbau, die Großlandwirtschaft und die Banken. Daß Löwe vor allem auf die Verstaatlichung des Maschinenbaus Wert legt, stammt aus seiner — für uns unverständlichen — Überzeugung, daß die Rationalisierung, — der technische Fortschritt — Hauptursache der Arbeitslosigkeit und der Krise ist.

Das Bauerneigentum will Löwe erhalten. Schade nur, daß dieser Gedanke erst jetzt unter den Sozialdemokraten mehr Fuß faßt, wo die Bauern aus Angst vor der Enteignung durch die „Roten“ zum Landbund und zu den Nazi geflüchtet sind.

Interessant war auch Löwes Kritik an der Forderung der Gewerkschaften: der Kontrolle des Produktionssystems durch die Arbeiter. Kontrollieren ist mit Löwes Worten schwerer als selber machen; denn man muß dazu erstens selber etwas machen können und zweitens wissen, wie es der andere macht. Das einzige Ergebnis der sogenannten Kontrolle ist eine Tarnung der eigentlichen Machtverhältnisse und damit eine Stärkung des Monopolkapitalismus. Ferner: Der Staat als kontrollierende Macht ist in einem klassenbewußten Staat keine neutrale Instanz. Was herauskommt ist Staatskapitalismus.

Löwe betont selber die riesigen Schwierigkeiten der Sozialisierung, zum Beispiel von Banken und Maschinenindustrie. Hat er sich eindringlich genug gefragt, ob sie notwendig ist zur Erreichung des Sozialismus? Er sieht die Krisenursache nicht in der mangelnden Kaufkraft der Massen.

## Polizei-Terror gegen KP.

In Berlin-Pankow wurde am Freitagabend ein Demonstrationszug auf dem Wege zum Rathaus von der begleitenden Polizeimannschaft aufgelöst. Bekanntlich wurde auch das Demonstrationsverbot — „aufgelöst“.

Aus Braunschweig wird uns ebenfalls ein Verbot kommunistischer Demonstrationen gemeldet:

Nachdem die kommunistische Demonstration am Dienstag dieser Woche von der Polizei unter dem Vorwande, es seien „Gewalttätigkeiten geplant“ (!), mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben worden war, wurde die für heute geplante Demonstration der KP verboten. Berittene Polizei verhinderte auch den Versuch, trotz des Verbots zu demonstrieren.

Die neueste Schikane: Schließung von Arbeiterlokalen. In Berlin wurde dem Wirt des Arbeiterlokals Gollnow-Ecke Weinstraße von der Polizei die Aufforderung zugestellt, sein Lokal ab Sonnabend zu schließen, da es ein „Unruheherd“ sei und von dem Lokal aus Überfälle erfolgt seien; in dem Lokal würden Terrorakte besprochen und es sei der Sammel- und Stützpunkt von Terroristen. Dazu schreibt die „Rote Fahne“, es befänden sich nicht weniger als vier Nazilokale in der Umgebung, zu Zusammenstößen sei es erst gekommen, seitdem die Nazis eingezogen sind; man könne also mit mindestens demselben Recht von den Unruheherden der Nazilokale sprechen. Erst vor kurzem wurde das geschlossene Lokal von Nazis beschossen, und die Polizei hat selber die Kugeleinschläge festgestellt.

Er fürchtet den technischen Fortschritt als Krisenursache. Unklar blieb dabei, wieso Rationalisierung bei nicht monopolartig hochgehaltenen Preisen zu Arbeitslosigkeit führen muß.

## Ernst von Borsig.

Der Unternehmer Borsig hat sein Unternehmen nur um etwa ein Jahr überlebt. Es war recht eigentlich sein Unternehmen, das ihm im Tod vorangegangen ist. Es war keine Aktiengesellschaft, die öffentlich Bilanz abzulegen brauchte, sondern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die diese Verpflichtung nicht hat.

Borsig war stolz darauf, daß er nicht öffentlich jährlich über sein Unternehmen Rechenschaft ablegen mußte, über ein Unternehmen, das in seiner besten Zeit der Arbeitgeber von 15 000 Arbeitern war, die teils in den oberschlesischen Rohstoffbetrieben, teils in den Verarbeitungsbetrieben bei Berlin beschäftigt waren.

Borsig war nicht nur persönlich Herr über Tausende von Arbeitern. Er wirkte führend in den Klassenkampf-Organisationen seiner Klasse. Er war einer der Gründer der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern während des Weltkrieges. Von 1923 bis kurz vor seinem wirtschaftlichen Tode war er Vorsitzender des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Den Vorsitz im Verband Berliner Metall-Industrieller hatte er sogar 25 Jahre inne. Er war ein scharfer Gegner der Tarifverträge. Ihm wird das Wort zugesprochen: Tarifverträge, das seien die Versailler Verträge der deutschen Wirtschaft.

Er sah nicht hinaus über den engen Horizont seiner Klasse. Innerhalb des dadurch gezogenen Rahmens übte er „Wohlwollen“ und auch unlegbar eine gewisse Anständigkeit. Das zeigte sich gerade zuletzt: „Er hatte Millionen Spargelder seiner Belegschaft in seinem Unternehmen angelegt; sie waren nur durch eine wertlose Hypothek „gesichert“; nach dem Zusammenbruch der Firma setzte er sein Privatvermögen ein, um die Sparer vor Verlusten zu schützen. Einen solchen Zug von Anstand wollen wir nicht unterschlagen. Borsig bleibt trotzdem geradezu das Modell des Ausbeuters.“

Er hat das höchste Ziel der industriellen Ausbeuter erreicht: den Anschluß an die feudale Herrenklasse. Wilhelm II. hat ihm 1909 den erblichen Adel verliehen. Er starb, wie die Todesnachricht lautet, „auf seinem Gut Groß-Behnitz in der Mark“.

## Kundgebung der KP in Essen.

R. L. Sechs Stunden harrten die Arbeiter in der größten Halle von Essen aus! Der Besuch der Versammlung war gut, ebenso die Stimmung. Nach 1½ Stunden langer Rede wurde dem Genossen Schehr von dem überwachenden Polizeibeamten das Wort entzogen, weil er gesagt hatte: „Gegen politische Maßnahmen müssen wir mit politischen Maßnahmen antworten!“ Später wurde dem Vertreter der KPD, Bezirk Wasserkante, ebenfalls die Rede abgeschnitten, wegen Tatsachenfeststellung: „Ueber politische Streiks zu reden ist ja verboten“ (er hatte vorher lange über wirtschaftliche Streiks gesprochen). Zum dritten Mal wurde sogar dem Versammlungsleiter das Wort entzogen, als er eine Protestresolution gegen diese Maßnahmen den Versammlungsteilnehmern vorlesen und eine Abstimmung darüber veranstalten wollte!

Dieses Vorgehen der Polizei rief den geschlossenen energischen Abwehrwillen aller Anwesenden hervor, doch konnte die Versammlung zu Ende geführt werden. Zum Schluß sprach noch der gemäßregelte Betriebsrat Kayser der Berliner Verkehrsgesellschaft über den BVG-Streik.

Der Parteitag der KPD-Ruhrgebiet findet nun am Sonnabend doch statt, da die Polizei nach einigen Änderungen auf die Ueberwachung verzichtet hat.

## Kommunisten demonstrieren in Frankfurt am Main.

Am Donnerstagabend veranstaltete die KPD einen Demonstrationszug durch die Hauptstraßen Frankfurts. Die

Demonstration, die recht stattlich war, machte einen schönen und disziplinierten Eindruck; nach dem langen „Burgfrieden“ war dies die erste Arbeiterdemonstration in Frankfurt am Main, und die Demonstrierenden zeigten etwas von angesamelter Kraft und Kampfesfreudigkeit.

## Nazis überfallen Gewerkschafter und Stadtrandsiedler.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in Blankensee ertönte der Ruf „SA raus“, worauf etwa 100 SA-Leute in Uniform nach der Flugzeugwerft Blankensee bei Lübeck marschierten. Dort befindet sich ein Arbeitsdienstlager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten. Die Banditen verdunkelten den Saal und mißhandelten die dort untergebrachten etwa 50 jungen Menschen aufs brutalste. Acht der Ueberfallenen mußten mit schweren Verletzungen weggebracht werden. Danach überfielen die Nazis Angehörige des „Reichsbanners“ und Stadtrandsiedler, auch hierbei gab es Verletzungen.

In Breslau verübte ein Trupp uniformierter SA-Leute einen Ueberfall auf ein Heim der dortigen ZdA-Jugend, verprügelte mehrere Jugendgenossen und riß ihnen die Abzeichen ab.

## SS gegen SA.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist es in der Silvesternacht in Stuttgart zu einem Zusammenstoß zwischen SA und SS vor dem dortigen „Braunen Hause“ gekommen. Vier von einer Silvesterfeier heimkehrende SA-Leute kamen am Braunen Haus vorbei und politisierten miteinander. Plötzlich fielen elf SS-Leute über sie her und bearbeiteten sie ohne weitere Auseinandersetzung mit Schulterriemen. Als die vier SA-Leute protestierten und ihre SA-Ausweise vorzeigten, bekamen sie noch mehr Prügel! Ein SA-Mann blieb ohnmächtig auf dem Platze, zwei andere wurden leicht verletzt, und der vierte — holte die Polizei gegen seine „Kameraden“ von der SS. Die Polizei verhaftete einige SS-Leute.

## SA-Mann als Mörder festgestellt.

Der Mörder des in Breslau bei einem Ueberfall ums Leben gekommenen Jungarbeiters Hanisch konnte von der Polizei bereits festgestellt werden, er befand sich unter den verhafteten SA-Leuten.

## Politischer Terror in Berlin.

In der Nacht zum Freitag kam es an drei Stellen zu politischen Zusammenstößen. Am Herthaplatz in Niederschönhausen gerieten mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten in eine Schlägerei, bei der ein Kommunist leichte Kopfverletzungen erhielt. Vier Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden zwangsgestellt. — In Charlottenburg drangen nach Mitternacht mehrere Nationalsozialisten in das Künstlerlokal „Lunte“ ein, in dem hauptsächlich kommunistische Künstler verkehrten. Bei der hierauf sich entspannenden Schlägerei wurden drei Personen leicht verletzt. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen. — In Moabit schlugen mehrere Nationalsozialisten die Tür und die Schaufenster Scheibe des kommunistischen Verkehrslokals Lange ein. Ein Nationalsozialist wurde verhaftet.

## Aus den italienischen Kerkermauern

sind infolge der Amnestie 22 173 Gefangene entlassen worden.

Am 10. Januar wird die faschistische Strafkolonie auf der Insel Lipari aufgehoben, allerdings nicht deshalb, weil Mussolini aufhören will, seine Feinde durch Verschickung nach Deportierten-Inseln unschädlich zu machen, sondern weil er dabei künftig Geld sparen will und darum die 380 Gefangenen von Lipari nach einer anderen Strafkolonie überführen läßt.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HÖHLEN-KULIS**  
 REVOLTE AN DER RUHR (51)  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. & H., BERLIN W 19

Der Inspektor schluckt und schluckt, will etwas sagen. „Ich komme ein andermal wieder, wenn Sie vernünftiger geworden sind, Gerling. Das viele geschluckte Gas hat anscheinend Ihren Verstand verwirrt.“

„Noch nie war ich so klar wie heute, merken Sie sich das. Wir sind noch lange nicht miteinander fertig, wir sprechen uns bei einer anderen Gelegenheit, wenn die Rollen vertauscht sind. Freuen Sie sich aber nicht darauf.“

Der Inspektor geht an das nächste Bett, die beiden Arbeiter stellen eine Flasche Wein und ein Kistchen Zigarren auf Günthers Nachtschränken. Wie eine Handgranate faßt der die Flasche in der Faust, schleudert sie dem Inspektor vor die Füße, daß sie krachend zersplittert. Die Zigarren fliegen hinterher.

„Nehmen Sie Ihren Wein und Ihre Glimmstengel mit, Herr Inspektor. Ein anständiger Kumpel läßt sich nicht bestechen.“

„Schinder“, schreit es von der anderen Seite.

„Menschenschinder!“

Von allen Seiten fliegen Flaschen und Zigarrenkisten in die Mitte des Saales, erschreckt flüchtet der Inspektor, von dem Hohngeklächter und den „Schinder“-Rufen der Kumpels begleitet. Nur Wolters verbirgt seine Flasche und die Zigarren unter der Bettdecke. Er als einziger ist der Ueberzeugung, daß man seinem Herrn Inspektor schweres Unrecht getan hat. Aber er hütet sich, diese Ueberzeugung in Worte zu kleiden.

Der schwarze Tod hat reiche Ernte gehalten, fast kein Haus in ganz Annendorf, in das er nicht unermeßliches Leid

gebracht hat. Schwarze Fahnen wehen auf den Fördertürmen sämtlicher Zechen.

Da die Leichenhalle sich als für diesen Zweck zu klein erweist, hat man die Toten in der Lohnhalle aufgebahrt. Mit schwarzem Tuch ist sie ausgeschlagen, eine Unzahl Kerzen brennen in Kandelabern. Im Hintergrunde ein riesiges Kreuz, Lorbeerbäume zu allen Seiten der vier Sargreihen. Am Tage vor der Beerdigung wird den Angehörigen die Besichtigung der Leichen gestattet. Erschütternde Szenen spielen sich dabei ab. In kleinen Gruppen werden die Trauernden hereingeführt, sind beklommen beim Betreten der düsteren Halle. Von Sarg zu Sarg gehen sie, schauen auf den daran befestigten Zettel, heben das verhüllende Tuch vom Gesicht des Toten, brechen ohnmächtig zusammen, wenn sie in ein fürchtbar, bis zur Unkenntlichkeit verstümmeltes Antlitz sehen, das dem gehört hat, der ihr Mann, Bruder, Bräutigam oder Vater gewesen ist. Verzweiflungsschreie erfüllen die Luft, Sanitäter und Krankenschwestern haben alle Hände voll zu tun, um die Ohnmächtigen zu betreuen. Viele Leichen können nicht identifiziert werden, weil sie zu Kohle verbrannt sind. Vor ihren Särgen ist ein kleiner weißer Zettel mit einem großen Fragezeichen befestigt, und die Arbeitsschuhe, die traurigen Ueberreste, davor, bieten den einzigen Anhaltspunkt, nach dem vielleicht ein Erkennen noch möglich ist. Ununterbrochen gellen Schreie durch die Halle, hält das Weinen und Schluchzen an, sinken Frauen zu Boden. Alte Bergleute, deren Gesichter von blauen Kohlenarben geprenkelt sind und die dem Tode mehr als einmal begegnet sind, können ihre Fassung nicht bewahren, weinen mit den Frauen und Kindern, wenn sie die fast unkenntliche Leiche eines Sohnes sehen. Sie, die fast ein Menschenalter unter der Erde zugebracht haben, sind vom Tode verschont worden, während junge Kumpels, die erst anfangen zu leben, ihm zum Opfer gefallen sind.

Mutter Kroll geht von Reihe zu Reihe, von Sarg zu Sarg. Keinen ihrer Söhne hat sie bis jetzt finden können, und doch sind alle drei als tot gemeldet. Dort, am äußersten Ende, zwischen den vier Gruppen unbekannter Toter müssen sie

sein. Aber welche sind es? In der Schrecklichkeit ihres Blicks sehen sich alle gleich. Das Herz droht ihr stille zu stehen, wenn sie daran denkt, daß ihre drei jungen, kräftigen Söhne einen so schrecklichen Tod gefunden haben, daß von ihnen nichts weiter übriggeblieben ist als ein Häuflein verkohlten, schwarzen Fleisches. Bitterlich schluchzend verläßt sie mit den Letzten die Leichenhalle. Ihren Mann und fünf Söhne hat sie dem Moloch Kohle opfern müssen.

Am anderen Morgen um 10 Uhr.

Feierlich schwer läuten von allen Kirchtürmen im Umkreis die Glocken; 176 tote Kumpels treten ihre letzte Fahrt an. Von allen Fördergerüsten im Ruhrgebiet wehen die schwarzen Trauerfahnen. Kein Dorf und keine Stadt, in der man nicht der Toten von Westfalen gedenkt. Tausende von Kumpels, die in den Gruben schufteten, legen für einen Augenblick die Arbeitsgeräte aus der Hand, weihen ihren toten Kumpels eine Minute des stillen Gedenkens, ehe das harte Muß sie wieder an die Arbeit treibt. Sie allein wissen es, was es heißt, Tag für Tag und Stunde um Stunde vom Tode umlauert zu sein und ihm doch nicht entrinnen zu können, weil der erbarmungslose Kampf um das kärgliche Stückchen täglichen Brotes sie wie mit Ketten an ihre gefährvolle Arbeit schmiedet. Ihre Trauer ist die ecbteste, äußert sich nicht in schwungvollen Reden, sondern in wahren, herzlichem Mitleiden und dem unauslöschlichen Gefühl der Schicksalsverbundenheit.

Schwarzumflorte, brennende Grubenlampen hängen in den Türen und Fenstern der Koloniewohnungen, schwarzgekleidete Menschen mit verweinten, leidvollen Gesichtern strömen zum Zechenplatz, auf dem die Trauerfeier stattfindet. Nur die nächsten Angehörigen der Toten und die offiziell eingeladenen Persönlichkeiten finden Einlaß, die übrigen stauen sich vor dem Zechentor und in den angrenzenden Straßen. Die Bergkapelle in schwarzer Knappentracht spielt die Eroica von Beethoven; Weinen und Schluchzen erschallt aus den Reihen der Hinterbliebenen. Die Ortsgeistlichen beider Konfessionen segnen die Leichen ein, eröffnen den Reigen der Trauerredner. (Schluß folgt.)

